

Toni Moser
Wiligermätteli 7
6463 Bürglen
Tel: 041 871 03 47
Fax: 041 871 04 50
moser.toni@bluewin.ch

Interpellation

Da capo beim Fichen-Skandal

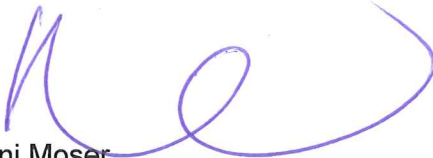
Sehr geehrter Herr Präsident
Meine Damen und Herren

Kaum zu glauben, aber wahr! Gerade einmal 20 Jahre nach dem ersten grossen Fichen-Skandal zu Beginn der 90 er Jahre treibt die Registrierungswut des Staatsschutzes neue Blüten. Gemäss Bericht der Geschäftsprüfungsdelegation der eidgenössischen Räte wurden in der Datenbank ISIS-NT des Dienstes für Analyse und Prävention bis 2010 bereits wieder 200'000 Personen fichiert.

Gestützt auf Artikel 84 der Geschäftsordnung des Landrats (RB 2.3121) stellen die untenstehende mitunterzeichnende Landrätin Beatrice Bünter und meine Person dem Regierungsrat die nachstehenden Fragen.

1. Seit welchem Zeitpunkt ist dem Regierungsrat bekannt, dass der Staatsschutz sich wieder durch eine überbordende Registrierungs- und Fichierungstätigkeit auszeichnet?
2. Ist dem Regierungsrat bekannt, wie viele und aus welchen Gründen Personen, die im Kanton Uri wohnhaft sind, von der Registrierungstätigkeit des Dienstes für Analyse und Prävention erfasst worden sind?
3. Beim Staatsschutz in Bern arbeiten 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zudem verfügt er über kantonale Ableger mit insgesamt 84 Vollzeitstellen. Ist dem Urner Regierungsrat bekannt, wie viele Stellenprozente bei der Urner Polizei für den Staatsschutz reserviert sind und welche Tätigkeit dabei für den Staatsschutz geleistet wird?
4. Wird sich der Urner Regierungsrat künftig mehr Einsicht in die Tätigkeit des Staatsschutzes verschaffen?
5. Wird künftig die Geschäftsprüfungskommission des Landrates regelmässig über die Staatsschutzaktivität der Urner Polizeibehörden orientiert?
6. Will sich der Urner Regierungsrat dafür einsetzen, dass künftig die Bewohnerinnen und Bewohner Uris vor einem überbordenden Staatsschutz besser geschützt werden? Mit welchen Mitteln will er dies erreichen?

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit die Beantwortung unserer Fragen.



Toni Moser
Landrat Bürglen
Erstunterzeichner



Beatrice Bünter
Landrätin Altdorf
Zweitunterzeichnerin

Altdorf, Bürglen, 1.9.2010

Begründung:

Gemäss Bericht der Geschäftsprüfungsdelegation der eidgenössischen Räte wurden von 2005 bis 2010 in der Datenbank ISIS-NT des Dienstes für Analyse und Prävention DAP mehr als 125'000 Personen neu registriert, so dass heute offenbar mehr als 200'000 Personen in der Datenbank des Staatsschutzes fichiert sind.

Der erste Fichenskandal hat in aller Deutlichkeit aufgezeigt, wie problematisch das systematisch überbordende Sammeln von Personendaten durch den Staatsschutz ist. Bis zum Auffliegen des ersten Fichenskandals mussten viele Personen in der Schweiz persönliche und berufliche Nachteile erfahren, nur weil über sie beim Staatsschutz falsche Informationen gespeichert worden waren, oder weil sich diese Personen erdreistet hatten, ihre durch die Verfassung garantierten politischen Rechte wahrzunehmen.

Offenbar hat der Staatsschutz aus dem damaligen Schlamassel nichts gelernt. Es werden wieder neu Tausende von Personendossiers mit fragwürdigem oder falschem Inhalt angelegt. So berichtet die Zürcher Wochenzeitung in ihrer Ausgabe 8.7.2010 darüber, dass beispielsweise die bekannte Baslerin Anni Lanz, seit Jahrzehnten aktiv für die Einhaltung der Menschenrechte und seit 2004 Ehrendoktorin der Universität Basel, in der Datenbank des Staatsschutzes als „gewaltorientierte Aktivistin“ mit dem Zusatzeintag „Verdacht Schwarzer Block“ geführt werde.

Solche Blüten mögen auf den ersten Blick amüsieren, sie haben aber, wie die Erfahrung des ersten Fichenskandals zur Genüge gezeigt haben, für die Betroffenen schwerwiegende Konsequenzen. Diese Personen haben persönliche oder berufliche Nachteile zu gewärtigen und landen auf schwarzen Listen, nur weil sie ihre politischen Rechte wahrnehmen oder eine von der Mehrheit abweichende Meinung vertreten.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir sind nicht blauäugig. Jedes Staatsgebilde braucht einen Staatsschutz. Nur muss dieser Staatsschutz, damit er in einer Demokratie Legitimation hat, auch kontrolliert werden. Diese Kontrolle hat offenbar wieder völlig versagt. Und hier, dieser Ansicht sind wir Unterzeichnenden, sind auch die Kantonsregierungen gefordert, die Einwohnerinnen und Einwohnerinnen ihres Kantons vor den Auswüchsen des Staatsschutz und zu schützen.